

Konstituierende Nationalversammlung. — 25. Sitzung am 26. Juli 1919.

129/I

K. N. V.

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen an den Herrn Staatssekretär für Verkehrswesen, betreffend das Vorgehen des Arbeiterrates von Fischau gegen das vorliegende Postamt.

Am 21. d. J. erschien um 1/29 Uhr früh beim Postamte Fischau (Bezirk Wiener Neustadt) der Arbeiterrat Nowack und forderte kategorisch wegen des Generalstreikes die sofortige Einstellung des Postdienstes und die Schließung des ganzen Amtes. Die Einwendung der diensthabenden Beamtin Ida Loschmann, daß kein Auftrag der Postdirektion vorliege, bezeichnete Nowack als ganz nebensächlich und erklärte, daß der Arbeiterrat die Amtsschließung befahle und diesem Befehle sofort entsprochen werden müsse. Wenn dies nicht geschähe, dann stünde er für nichts ein. Hierauf fragt die Beamtin bei der Postdirektion Wien telefonisch an, wie sie sich zu dieser Forderung zu verhalten habe und erhielt die Antwort, für den Fall, als der Arbeiterrat drohe, das Amt zu schließen.

Mit Rücksicht auf diesen Vorfall, sehen sich die Gefertigten genötigt, folgende Anfragen an den Herrn Staatssekretär zu stellen:

1. Wiegt ein Beschluß der Regierung vor, daß am 21. Juli, falls der Arbeiterrat dies fordere, die staatlichen Ämter geschlossen werden sollen?

2. Wenn dies nicht der Fall ist, wie kommt die Postdirektion Wien dazu, an das Postamt Fischau einen solchen Auftrag zu erteilen, trotzdem die große Mehrheit der Bevölkerung vom Streife nichts wissen wollte?

3. Was gedenkt der Herr Staatssekretär künftig vorzuführen, daß sich solche Eingriffe des Arbeiterrates in die Postverwaltungen und derartige Vergewaltigungen staatlicher Ämter durch Privatpersonen, wie es ein Arbeiterrat ist, nicht mehr ereignen können?

Wien, 26. Juli 1919.

Dr. Straffner.
J. Birchbauer.
Cleßin.
Waber.
Müller-Guttenbrunn.
M. Pauly.
Grahamer.

Dr. Schürff.
Wimmer.
Dr. Angerer.
Dr. Urfin.
Leopold Stöcker.
J. Altenbacher.
Wedra.